

pro natura magazin

1/2023 JANUAR



Die Energiewende kann und muss biodiversitätsverträglich gelingen



20

Isabelle Bühler

16



Severin Nowacki



Keystone

23



Raphael Weber

26

pro natura magazin

Mitgliederzeitschrift von Pro Natura - Schweizerischer Bund für Naturschutz

pro natura von der Zewo als gemeinnützig anerkannt.

Impressum: Pro Natura Magazin 1/2023. Das Pro Natura Magazin erscheint fünfmal jährlich (plus Pro Natura Magazin Spezial) und wird allen Pro Natura Mitgliedern zugestellt. ISSN 1422-6235

Redaktion: Raphael Weber (raw), Chefredaktor; Bettina Epper (epp), Redaktionsleiterin; Nicolas Gattlen (nig), Reporter; Florence Kupferschmid-Enderlin (fk), Leiterin französische Ausgabe; Judith Zoller, pro natura aktiv

Layout: Vera Howard, Bettina Epper, Raphael Weber. Titelbild: Illustration Vera Howard.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Michael Casanova, Stella Jegher, Elisabeth Karrer (ek), Rico Kessler (rke), Julian Kronbacher (jk), Urs Leugger-Eggimann, Sabine Mari, Lorenz Mohler (Übersetzungen), Muriel Raemy, Daniel Rüetschi (dr), Franziska Scheuber (fs), Urs Tester (ut), Alena Wehrli (Übersetzungen), Sara Wehrli (sw).

Redaktionsschluss Nr. 2/2023: 24.01.2023

Druck: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen. Auflage: 176 000 (123 000 deutsch, 53 000 französisch). Gedruckt auf FSC-Recyclingpapier.

Anschrift: Pro Natura Magazin, Postfach, 4018 Basel; Tel. 061 317 91 91 (9-12 und 14-17 Uhr), E-Mail: mailbox@pronatura.ch; www.pronatura.ch; PK-40-331-0

Inserate: CEBECO GmbH, Webereistr. 66, 8134 Adliswil, Tel. 044 709 19 20, Fax 044 709 19 25, cebeco@bluewin.ch Inserateschluss 2/2023: 03.02.2023

Pro Natura ist Gründungsmitglied der Internationalen Naturschutzunion IUCN und Schweizer Mitglied von Friends of the Earth International.

www.pronatura.ch

4 thema

- 4 Energiepolitik: Die Panikreaktion nach der verschlafenen Energiewende.
- 7 Solarenergie: Wurde lange abgetan als «Hobby für Hausbesitzer».
- 8 Kohärenz: Die Energiewende muss klima- und biodiversitätsverträglich sein, mahnt Markus Fischer.
- 10 Verbandsbeschwerderecht: Ist nicht der Grund einer allfälligen Strommangellage.
- 12 Suffizienz und Effizienz: Die Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft, erklärt der ETH-Forscher.

16 köpfe

Kurt Zaugg-Ott vom Verein oeku setzt sich dafür ein, dass die Kirche mehr für den Umweltschutz tut.

18 in kürze

20 brennpunkt

- 20 Wie haben unsere Parlamentarier zu Energie- und Klimathemen abgestimmt? Wir ziehen Legislaturbilanz.
- 23 Skiwachse bestehen oft aus giftigen Chemikalien - dabei gibt es gute umweltverträgliche Wachse.

26 infogalerie

Wird der Schutz von Biotopen nationaler Bedeutung gelockert, bedroht das viele Naturperlen.

32 news

- 32 Mahdgutübertragungen helfen mit, die Biodiversität auf Wiesen zu fördern. Das zeigt eine neue Studie.
- 34 «Spurensuche Gartenschläfer» - werden auch Sie zum Forscher oder zur Forscherin.
- 35 Blauflügelige Ödlandschrecke: Unser neues Tier des Jahres ist ein fliegendes Juwel.

36 beobachtet

38 service

42 pro natura aktiv

49 shop

51 cartoon

52 engagement

editorial

Wenn Mantras (nicht) gehört werden...

Seit Jahrzehnten sagen die Umweltverbände: «Die Energiezukunft ist solar.» Jahrzehntlang wurden wir dafür von der politischen Mehrheit belächelt. Zahlreiche Initiativen und Vorstösse zur Abkehr von fossilen Energiequellen wurden in der Schweiz abgeschmettert, und es wurde «alles unternommen, um die Solarenergie auszubremsen», wie es der Geschäftsführer von Swissolar im Interview auf Seite 7 treffend formuliert.

Mit dem brutalen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich über Nacht alles geändert. Plötzlich wurde es mehrheitsfähig, die Abhängigkeit von Unrechtsstaaten zu verringern, das einheimische Gewerbe zu fördern und eine saubere, dezentrale Stromversorgung aufzubauen. Notorsche Bremser der Solarenergie wurden quasi auch über Nacht zu deren grössten Fürsprechern.

Besser spät als nie, mag man sich da denken – doch die Sache hat einen grossen Haken: Die Energiewende soll nicht im Einklang, sondern auf Kosten der Natur umgesetzt werden. Anstatt das riesige Solarpotenzial innerhalb der Siedlungen und entlang bestehender Infrastruktur konsequent zu nutzen, soll nun der Bau grosser Anlagen ausserhalb des Siedlungsgebiets von jeglicher Planungspflicht befreit und grosszügig subventioniert werden. Ausserdem soll im Rahmen der panischen Kehrtwende gleich auch noch der Schutz der ökologisch wertvollsten Biotope der Schweiz geschwächt werden.

Damit wird nicht nur willentlich die Schweizer Bundesverfassung verletzt, sondern auch eine weitere Tatsache ignoriert, die Umweltverbände seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholen: Der Klimawandel und die Biodiversitätskrise sind miteinander verbunden und können nur gemeinsam angegangen werden. Diese Erkenntnis wird von der gesamten Wissenschaft gestützt, inklusive der Akademie der Schweizer Naturwissenschaften.

Der Versuch, nun zuerst die Energiewende zu vollziehen und sich (allenfalls) später um die leidende Natur zu kümmern, ist im Voraus zum Scheitern verurteilt. In dieser Ausgabe zeigen wir deshalb, dass die Energiewende biodiversitätsverträglich gelingen kann und muss.

RAPHAEL WEBER, Chefredaktor Pro Natura Magazin.



Illustrationen Vera Howard (6)

In die Natur statt auf unsere Dächer?

Viel zu spät will sich die Schweiz von fossilen Energiequellen verabschieden. Die Zeche dafür soll unnötigerweise die Natur zahlen.

«Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht.» Dieser Einzeler aus der Energiesparkampagne des Bundes, dem wir in den letzten Wochen und Monaten wohl alle irgendwo begegnet sind, bringt es fast auf den Punkt. Besser formuliert müsste der Slogan lauten: «Energie ist eine wertvolle Ressource. Verschwenden wir sie nicht!» – und zwar ganz unabhängig vom aktuellen Umfang des Angebots.

Ein Drittel wird verschwendet

Verschwendung ist ein Kernproblem, dem wir nicht nur im Energieverbrauch begegnen. Doch in der breiten Öffentlichkeit wurde die Energieverschwendung erst zu einem Thema, als vor einer winterliche Strommangellage gewarnt wurde und die Energiepreise in die Höhe geschneit sind. Der haushälterische Umgang mit Ressourcen ist unserer Hyperkonsumgesellschaft leider längst fremd geworden, entsprechend gross ist die Aufregung, wenn der Überkonsum plötzlich nicht mehr möglich scheint. Genau bei diesem Überkonsum liegt aber auch ein grosser Teil der Lösung.

Bereits 2011 hatte die Schweizerische Agentur für Energieeffizienz aufgezeigt, dass unser Energieverbrauch alleine dank des technischen Fortschrittes bis 2035 um 36 Prozent sinken könnte. Und erst kürzlich hat das Bundesamt für Energie (BFE) in einem Bericht an den Bundesrat bestätigt, dass 25 bis 40 Prozent des Stroms in der Schweiz schlicht verschwendet werden und ganz ohne neue Gesetze oder gar Komforteinbussen eingespart werden könnten. In erster Linie durch den Ersatz (über)alter Elektrogeräte: von Heizungen über Boiler zu Umwälz- und Wärmepumpen, Kälteanlagen, Haushaltsgeräten usw.

Und nicht zuletzt natürlich auch durch unser individuelles Verhalten. Das beginnt auf kleiner Ebene wie beim Abschalten nicht genutzter Geräte, bei der Trocknung der Wäsche an der Luft und bei einer angemessenen Raumtemperatur. Noch stärker ins Gewicht fallen Dinge wie Terrassenheizung, Indoor-Swimmingpool oder ineffiziente Elektroheizsysteme. In der Verantwortung sind aber nicht nur wir alle, sondern natürlich auch Industrie und Wirtschaft. Jede Kilowattstunde Strom, die wir

Biodiversitätsverträglichkeit: mittel
Stromproduktion 2020: 36,8 TWh
Notwendige Stromproduktion 2035
gemäss Berechnungen der Umweltallianz: 37 TWh

Wasserkraft

Die Schweiz deckt bereits jetzt einen rekordhohen Anteil der Stromproduktion (rund 60 Prozent) mit der Wasserkraft ab. Ihr Potenzial ist zu über 95 Prozent genutzt, unbeeinträchtigte Gewässer sind in der Schweiz deshalb äusserst rar. Als Energie aus erneuerbarer Quelle hat die Wasserkraft keine direkten negativen Auswirkungen auf das Klima. Sie beeinträchtigt die Flora und Fauna in unseren Gewässern aber stark, weshalb diese zu den am stärksten bedrohten und belasteten Ökosystemen zählen.

Haltung Pro Natura:

Pro Natura fordert, den weiteren Ausbau der Wasserkraft zurückzubinden. Das ökologisch und ökonomisch sinnvoll nutzbare Potenzial ist erschöpft und die weitere Erschliessung des geringen Restpotenzials für die Energiewende nicht notwendig. Die bestehende Wasserkraft muss zudem dringend ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur ökologischen Sanierung nachkommen. Wir bieten Hand zu sinnvollen und effizienten Erneuerungen und Erschliessungen, wie etwa im Rahmen des Runden Tisches Wasserkraft. Ineffiziente (Klein-)Wasserkraftprojekte unterstützen wir nicht, wegen des hohen Schadenpotenzials und der bereits hohen Beeinträchtigung unserer Gewässer.

nicht verschwenden, hilft, wenn sich ein Versorgungsengpass abzeichnet.

Solarstrom wurde abgewürgt

Ein anderer Aspekt ist die Bereitstellung des Stroms. Seit Jahrzehnten fordern die Umweltverbände eine naturverträgliche Energiewende. Also weg von den nicht nachhaltigen fossilen und nuklearen Energieträgern, hin zu Strom aus erneuerbaren Quellen. Dass und wie dies möglich ist, hat die Umweltallianz mit ihrer Energiestrategie 2035 erst kürzlich wieder aufgezeigt.

Auch der Bundesrat hat 2019 entschieden, dass die Schweiz bis 2050 das Ziel von Netto-Null-Emissionen anstreben soll. In der Politik wurde aber lange gebremst statt vorangetrieben. Die Energielobby, allen voran die Vertreter von Wasserkraft, Atomstrom und fossilen Energiequellen, waren zu sehr darauf bedacht, ihre Pfründe zu verteidigen oder im Fall der Wasserkraft sogar weiter auszubauen. Dies geschah auf Kosten der anderen erneuerbaren Energien.

Tausende Projekte auf Warteliste

So wurden bei der Einführung der Kostendeckenden Einspeisevergütung im Jahr 2009 lediglich fünf Prozent der Fördergelder für Solaranlagen vorgesehen. Auf der anderen Seite waren bis maximal 50 Prozent der Gelder für die Kleinwasserkraft vorbehalten. Eine Technologie, die seit über 100 Jahren ausgebaut worden ist und deren Zubau heute vielfach mit hohen ökonomischen und ökologischen Kosten verbunden ist. Über 300 kleine Wasserkraftprojekte wurden via KEV gefördert, während Tausende von Solarprojekten auf die Warteliste verbannt wurden.

Erst mit der Einführung der Einmalvergütung konnte der Zubau von Solarstrom auf bestehender Infrastruktur wieder beschleunigt werden. Die halbherzige politische Unterstützung für die Dezentralisierung der Stromproduktion und für den Ausbau der Solarenergie im bebauten Gebiet begrenzte den Zubau von Solarstrom in den letzten Jahren unnötig.

Im Herbst wurde die Politik von den jahrelangen Versäumnissen und Blockadehaltungen eingeholt. Vor dem Hintergrund

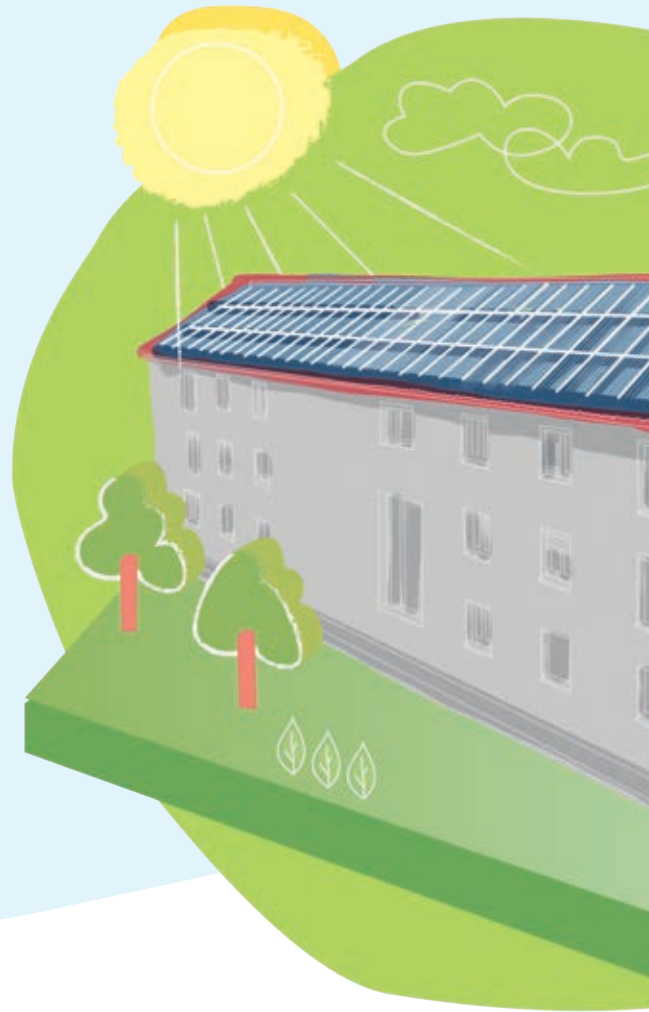
Fotovoltaik

Die Solarenergie hat in der Schweiz mit Abstand das grösste Ausbaupotenzial, alleine auf bestehenden Dächern und Fassaden beträgt dieses 67 Terawattstunden (TWh), 15 weitere TWh auf Strassenflächen, Parkplätzen, Infrastrukturanlagen, inklusive Skigebiete im Alpenraum. Entgegen jahrzehntelangen Forderungen der Umweltverbände wurde die Fotovoltaik bis zum Ukrainekrieg aber nur zögerlich gefördert.

Negative Auswirkungen auf die Biodiversität entstehen nur dort, wo Freiflächenanlagen auf bislang unberührten und ökologisch wertvollen Flächen erstellt werden sollen. Solange die Anlagen auf und an bereits bestehende Infrastruktur gebaut werden, sind kaum negative Auswirkungen auf die Biodiversität zu erwarten. Unter speziellen Umständen (z.B. auf bislang intensiv genutzten Flächen) ist sogar eine positive Wirkung auf die Biodiversität möglich.

Haltung Pro Natura:

Die Solaroffensive ist überfällig. Anstatt nun aber Grossanlagen in unberührte Alpentäler zu bauen, wird sinnvollerweise zuerst das enorme Potenzial innerhalb der Siedlungen und bestehender Infrastruktur auf versiegelten Flächen genutzt (Parkfelder, Autobahnen, Passstrassen, Zugstrecken, Stauseen, Skilifte etc.). Dies ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll, weil dadurch geringere Erschliessungskosten entstehen.



einer möglichen Strommangellage sahen bürgerliche Ständeräte die Chance, den aus ihrer Sicht lästigen Natur- und Landschaftsschutz massiv einzuschränken, anstatt die grosse Solaroffensive in den Siedlungen zu lancieren.

So wurden nun mit einem Dringlichkeitsbeschluss grosse Solaranlagen auf alpinen Freiflächen durchgeboxt und auch die Interessensabwägung von einer ganzen Reihe von Speicherkraftwerken soll vorweggenommen werden. Die Aussicht, auf Kosten von Natur und Landschaft weiteren Profit zu schlagen, scheint so verführerisch zu sein, dass bei einem Teil der Beschlüsse nicht einmal mehr die Bundesverfassung respektiert wird (siehe Seite 11).

Es droht die kopflose Ausbauschlacht

Die ständerätliche Umweltkommission hatte sogar vorgeschlagen, den Vollzug aller Umweltbestimmungen auszusetzen, bis die Ausbauziele gemäss Energiegesetz erreicht sind. Ein Freipass also für jede Anlage, sei sie auch noch so sinnbefreit und schädlich. Immerhin in diesem Punkt wurde bislang anders entschieden. Doch die Gefahr einer kopflosen Ausbauschlacht

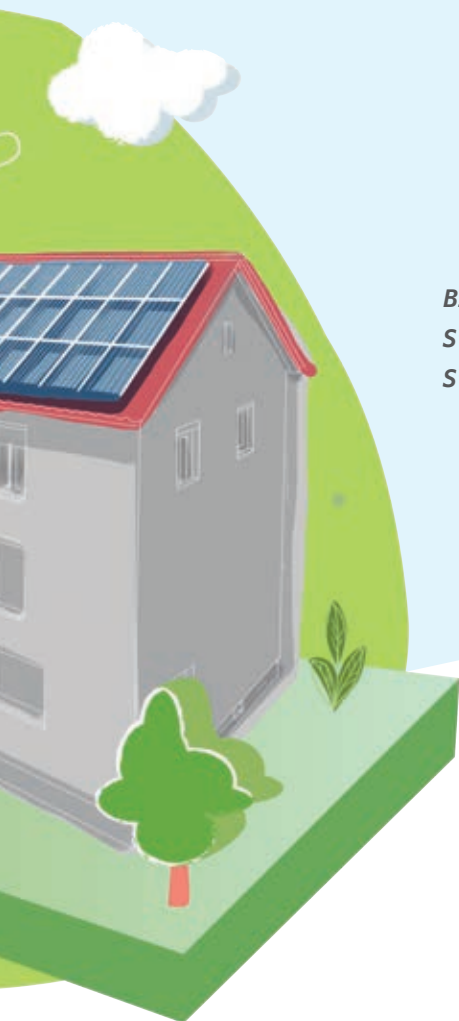
auf Kosten von Natur und Landschaft ist noch lange nicht gebannt.

Dabei können wir die Energiewende rasch und zielführend vorantreiben, ohne die Natur- und Landschaft massiv zu beeinträchtigen. Dazu braucht es aber endlich Vorgaben und Verpflichtungen für den Ausbau und die Nutzung von Solarenergie im bebauten Gebiet statt auf der grünen Wiese. Dagegen hat sich die bürgerliche Parlamentsmehrheit aber bisher gestemmt.

Es braucht sorgfältige Planungen und Standortabklärungen für die Nutzung der letzten Wasserkraftpotenziale und Standorte für die Windenergie statt einen Freipass auf Kosten von Schutzgebieten und der Biodiversität. Und es braucht uns alle. Ein häuslicher Verbrauch sollte nicht nur eine Frage des Kostendrucks sein. Selbst wenn Energie günstig ist, hat ihre Bereitstellung in vielen Fällen Auswirkungen auf die Natur und Landschaft: «Energie ist eine wertvolle Ressource. Verschwenden wir sie nicht!»

MICHAEL CASANOVA betreut bei Pro Natura das Dossier Energiepolitik.

www.energiewende2035.umweltallianz.ch



Biodiversitätsverträglichkeit: Hoch
Stromproduktion 2020: 2,6 TWh
Stromproduktion 2035: 30 TWh

«Man unternahm alles, um die Solarenergie auszubremsen»

Pro Natura Magazin: Mit der Energiekrise im Nacken hat das Parlament im Herbst eine «Solaroffensive» beschlossen. Die Solarbranche dürfte gejubelt haben ...

David Stickelberger: Der Beschluss ist erfreulich, doch es bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Die Solarenergie wurde von der Politik jahrelang nicht ernst genommen. Man tat sie ab als «Hobby für Hausbesitzer» und unternahm alles, um sie auszubremsen. So ging viel Zeit verloren. Nun wird es umso schwieriger, die Klimaziele zu erreichen. Hinzu kommt, dass mit dem neuen Gesetz das Potenzial der Dächer bei Weitem nicht ausgeschöpft wird. Die Solarpflicht gilt erstens nur für Neubauten und zweitens nur für Gebäude ab einer Fläche von 300 Quadratmetern. Das ist höchst bedauerlich.

Gleichzeitig beschloss der Rat, grosse Solaranlagen in den Bergen zu fördern. Wie beurteilen Sie diese Strategie?

Priorität muss ganz klar der Siedlungsraum haben. Wir kommen aber nicht um alpine Solaranlagen herum, denn in der verbleibenden Zeit lässt sich das Potenzial der Dächer und Fassaden nicht ausschöpfen. Selbst wenn die Hausbesitzer verpflichtet würden, bei einer energetischen Sanierung eine Solaranlage zu installieren, würde es zu lange dauern: Pro Jahr wird gerade mal ein Prozent des Gebäudeparks energetisch saniert. Auch gilt es zu bedenken, dass die Dachanlagen im Winter nur beschränkt Strom produzieren. In den Alpen fällt der Stromertrag insbesondere zwischen Februar und April aufgrund des reflektierenden Schnees viel höher aus.



David Stickelberger ist Geschäftsführer des Verbands Swissolar.

Um den Bau von alpinen Solaranlagen voranzutreiben, hat das Parlament die Bewilligungsverfahren weitgehend ausgehebelt. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist zwar weiterhin nötig, das Planungsverfahren aber entfällt. Ist das im Sinne von Swissolar?

Wir begrüßen die Beschleunigung der Verfahren, setzen uns aber ganz klar dafür ein, dass dem Natur- und Landschaftsschutz Rechnung getragen wird. Prioritär sollten die alpinen Solaranlagen entlang von bestehenden Infrastrukturen gebaut werden – bei Stauseen, Strassen, Skianlagen etc. Das ist sowohl aus ökologischer wie aus ökonomischer Sicht sinnvoller. So sind auch die Erschliessungskosten viel niedriger. nig

«Es bräuchte eine Art Masterplan»

Die Energiewende dürfe nicht gegen die Erhaltung der Biodiversität ausgespielt werden, mahnte Markus Fischer bereits im vergangenen Mai im Bundeshaus. Nun tritt dies doch ein, deshalb fordert der Biodiversitätsexperte einen Perspektivenwechsel.

Pro Natura Magazin: Im Mai 2022 erklärten Sie den Bundesparlamentariern in einer Sondersitzung, dass die Biodiversitätskrise und der Klimawandel eng miteinander verbunden seien. Haben Sie das Gefühl, dass diese Worte verpufft sind, wenn Sie jetzt die Energie-debatte verfolgen?

Markus Fischer: Grundsätzlich wurde die Botschaft wohl gehört, aber nicht von allen im ganzen Umfang. So wird die Biodiversität nun oft wieder als Einzelthema behandelt, obwohl sie als unsere Lebensgrundlage für alle Sektoren relevant ist. In Bezug auf den Klimawandel geht die Diskussion oft sogar in die komplett falsche Richtung, indem die Energiewende gegen die Erhaltung der Biodiversität ausgespielt wird. Dabei kommt dieser Konflikt doch nur zustande, weil wir den grössten Teil der Fläche weder für das eine noch für das andere nutzen.

Bundesrätin Sommaruga versuchte, mit dem Runden Tisch Wasserkraft verschiedene Interessen zu vereinen ...

... was ein guter Ansatz sein könnte. Aber dann sollte der Tisch auch wirklich rund sein, und nicht nur dreieckig zwischen Politik, Naturschutz und Energieproduktion. So redet man nur über den scheinbaren Konflikt zwischen Natur und Energie und nicht darüber, dass beide wichtig und berechtigt sind. Es bräuchte aus meiner Sicht einen viel breiteren Ansatz, also eine Art Masterplan: Wie viel Prozent der Landesfläche sehen wir wo als prioritär für Land- und Forstwirtschaft vor, wie viel für Biodiversitätsförderung, wie viel für Siedlungen und Verkehrswege, wie viel für Energieproduktion und so weiter. Dabei kann es durchaus Überlappungspoten-



Markus Fischer ist Professor für Pflanzenökologie am Institut für Pflanzenwissenschaften der Universität Bern und Mitglied des Expertengremiums des Weltbiodiversitätsrates sowie des wissenschaftlichen Beirats der deutschen Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen.

zial zwischen einzelnen Interessen geben. Doch statt dies gemeinsam anzugehen, schaut jeder Sektor für sich, was zu erhitzten Diskussionen um Einzelobjekte führt, statt für Komplementarität und Synergie zu sorgen.

Unter Forschern besteht Konsens, dass 30 Prozent der Landesfläche geschützt oder extensiv bewirtschaftet werden müssen, um die Biodiversität zu erhalten. Die Schweiz will nun aber den Schutz der wertvollsten zwei Prozent lockern. Wie beurteilen Sie dies?

Es ist tatsächlich so, dass auf 30 Prozent der Landesfläche die Biodiversität Vorrang haben muss, um sowohl die Biodiversität als auch die auf ihr beruhenden Ökosystemleistungen erhalten zu können. Dazu gilt es, sowohl deutlich mehr Naturschutzgebiete auszuscheiden, als auch weitere Flächen extensiv zu bewirtschaften. Dabei besteht durchaus Synergiepotenzial mit der Land- und Forstwirt-

schaft, der Gewässernutzung und dem Siedlungsraum.

Und die zwei wertvollsten Prozente?

Es scheint mir falsch, ausgerechnet die Biotop von nationaler Bedeutung in ihrer Biodiversitätswirkung einzuschränken – also jene Moore, Auen und Trockenwiesen mit den höchsten Biodiversitätswerten. Sie bilden nur noch kleine Restflächen ihrer einstigen Grösse und sind jetzt schon kleiner, als es zur Sicherung des Überlebens der spezifisch dort vorkommenden Tier- und Pflanzenbestände nötig wäre. Kommt dazu: Der Klimawandel ist in vollem Gang, Arten müssen sich zusätzlich auch noch verschieben können, was den Flächenbedarf erhöht. Die Biotop von nationaler Bedeutung sollten also nicht angetastet werden. Deren Erhaltung alleine reicht aber nicht: Es braucht auch die Sicherung weiterer geschützter und derzeit nicht geschützter Flächen hoher Biodiversität, und dazu grossflächige Renaturierungen, denn wir sind weit davon entfernt, auf 30 Prozent der Landesfläche ökologisch wertvolle Lebensräume zu haben.

Es brauchte lange, bis der Klimawandel von einer politischen Mehrheit als reales Problem wahrgenommen worden ist. Sind wir bei der Biodiversitätskrise noch nicht so weit?

Stimmt, wir sind noch nicht so weit. Fachleute, auch Fachpolitiker, wissen es, und auch weite Teile der Bevölkerung äussern sich besorgt. Gleichzeitig denken aber zu viele noch, dass es draussen doch nach wie vor schön grün ist und viele Blumen blühen; die Natur erscheint dem Laien also intakt. Auch der Wert der Dienstleistungen, die Ökosysteme hoher Biodiversi-

tät für uns erbringen – Wasser und Luft reinigen, Bodenfruchtbarkeit erhalten, Nutzpflanzen bestäuben usw. –, ist noch nicht bei allen angekommen. Dabei übersteigt dieser Wert jährlich das Bundesbudget. Doch die Biodiversität gilt als öffentliches Gut, eine Art Selbstbedienungsladen, der derzeit ohne ausreichende Regulierung stark übernutzt wird. Dabei kann die Natur ihre Leistungen für uns nur dann weiter erbringen, wenn wir ihr Sorge tragen.

«Funktionierende Ökosysteme schützen vor den Auswirkungen des Klimawandels», mahnten Sie die Bundesparlamentarier. Ist auch diese Botschaft nicht angekommen?

Die meisten sehen sehr wohl, dass Artenvielfalt und funktionierende Ökosysteme vom Klimawandel beeinträchtigt werden, haben aber den zweiten Teil der Botschaft überhört, dass hohe Biodiversität und funktionierende Ökosysteme zur Minderung des Klimawandels und zum Schutz vor seinen Auswirkungen unbedingt nötig sind.

Wie kann das geändert werden?

Die Tische sollten wie gesagt endlich wirklich rund werden. Es gilt, konstruktiv über Klimawandel UND Biodiversitätskrise zu sprechen, und dies im Kontext aller Sektoren, statt nur kurzfristig über Schutzgebiete und Standorte der Stromproduktion zu streiten. Schliesslich ist und bleibt die biologische Vielfalt die Grundlage unserer Existenz. Und auch in der Klimapolitik und Klimadiskussion sollte man nicht nur sagen: «Ok, wir stellen nach und nach auf alternative Energien um, und dann können wir weitermachen wie bisher.» Das greift zu kurz; es braucht weitere grundlegende Verhaltensänderungen, zu denen unser Umgang mit dem Land und auch unser Ernährungsstil gehören.

Zusammenfassend sagen Sie, dass wir noch sehr weit von einer spartenübergreifenden Biodiversitätspolitik entfernt sind. Was wären denn erste Schritte hin zu diesem Ziel?

greifenden Biodiversitätspolitik entfernt sind. Was wären denn erste Schritte hin zu diesem Ziel?

Bereits beschlossene Vereinbarungen und Massnahmen sollten auch wirklich umgesetzt werden. Zudem sollten wie gesagt grössere Flächen gesichert werden. Die Gesetzgebung soll die Biodiversitätswirkung aller Sektoren berücksichtigen, wovon wir heute noch weit entfernt sind. Und die Zivilgesellschaft macht noch zu wenig Druck auf Wirtschaft und Politik, um die aus wissenschaftlicher Sicht für uns alle notwendige Umkehrung des Biodiversitätsrückgangs durchzusetzen.

RAPHAEL WEBER,
Chefredaktor Pro Natura Magazin.



Biodiversitätsverträglichkeit: mittel
Stromproduktion 2020: 0,15 TWh
Stromproduktion 2035: 3,1 TWh

Windkraft

2020 produzierten 41 Windturbinen an 36 Standorten Strom aus erneuerbarer Quelle. Der Bund schätzt das maximale Potenzial auf 700 Anlagen.

Windturbinen haben, je nach Standort, ein grosses Schadenspotenzial für Vögel und Fledermäuse. Geeignete Standorte müssen darum sehr sorgfältig ausgesucht werden und dürfen unter anderem nicht auf Zugvogelstrecken liegen. Um den Ausbau voranzutreiben, sollten die kantonalen Planungen die Aspekte des Biodiversitätsschutzes frühzeitig abklären und bereits auf Stufe Richtplanung berücksichtigen. So kann der Ausbau besser koordiniert und umsichtiger geplant werden.

Haltung Pro Natura:

Im Spannungsfeld zwischen Stromproduktion und Biodiversitätsschutz scheint Pro Natura ein Ausbau auf 215 bis 310 Anlagen vertretbar. Doch die Eignung der einzelnen Standorte muss sorgfältig abgeklärt werden.

Der falsche Sündenbock

Umweltverbände können nicht nach Belieben Projekte verhindern, sondern einzig und alleine deren Rechtmässigkeit überprüfen lassen. Sie tun dies zurückhaltend. Und erfolgreich.

Anstatt die eigenen Versäumnisse einzugestehen, haben in den vergangenen Monaten viele Politikerinnen und Politiker die Umweltverbände für die schleppende Umsetzung der Energiewende verantwortlich gemacht. Alleine schon wegen der tatsächlichen Anzahl der Fälle, bei denen Umweltverbände eine Beschwerde eingereicht haben, ist diese Behauptung grotesk. Mehr dazu später.

Der Vorwurf übersieht aber auch die wichtigste Tatsache: Umweltverbände können nicht nach Belieben Bauprojekte be- und verhindern; sie können mit einer Verbandsbeschwerde einzig und allein die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften verlangen.

Erfahrungsgemäss haben die Behörden gerade bei der Bewilligung von komplexen Projekten – wozu viele Energieprojekte gehören – das Umweltrecht nicht immer vollständig im Blick. Hier kommt den Verbänden mit ihrem grossen Know-how deshalb eine unverzichtbare Rolle zu. Sorgen die staatlichen Behörden nicht selbst dafür, dass Gesetze eingehalten werden, so können die Verbände eine gerichtliche Überprüfung einfordern. Dies gehört zu den Prinzipien eines Rechtsstaats.

Kurzum: Erfüllt ein Bauprojekt alle gesetzlichen Anforderungen, können und wollen auch die Umweltverbände nichts dagegen unternehmen.

Wenige Beschwerden gegen Energieprojekte

Zum Mittel einer Beschwerde greifen die Umweltverbände nicht oft. Wenn, dann meistens mit Erfolg (siehe Text unten). Die hohe Erfolgsquote zeigt, dass ohne das Verbandsbeschwerderecht vielerorts die Natur- und Umweltschutzgesetzgebung nicht respektiert worden wäre. Und dass ohne Verbandsbeschwerderecht keine Möglichkeit bestünde, die gesetzliche Rechtmässigkeit von Projekten zu überprüfen. Die Natur kann ihre Anliegen nicht selbst vertreten.

Nur gerade sechs Beschwerden pro Jahr reichten alle Umweltverbände in den Jahren 2010 bis 2020 gegen Energieprojekte ein. Im gleichen Zeitraum wurden gesamthaft über 110 000 erneuerbare Energieprojekte realisiert, davon rund 750 Wasser-, Wind- oder Biomasseprojekte. Betrachten wir nur die Windenergie, so gab es im gesamten Zeitraum lediglich 9 Beschwerden bei 80 bis 100 Planungen. Rund 20 Prozent der Projekte

Biomasse

Das Potenzial der Biomasse für die Stromerzeugung ist limitiert, da es effizientere Verwendungen gibt, insbesondere die Produktion von Biogas. Auch Holz wird besser verbaut als zur Energieproduktion eingesetzt, weil darin CO₂ gebunden ist. Zudem ist das Ausbaupotenzial der Biomasse gering, da unsere Abfall- und Abwassermengen idealerweise abnehmen werden.

Biomasse ist eine umweltfreundliche Energiequelle, solange die Nutzung ökologisch nachhaltig geschieht, Reststoffe verwendet werden und kein intensiver Anbau von Energiepflanzen stattfindet.

Haltung Pro Natura:

Biomasse bzw. biogene Reststoffe können zur Energiebereitstellung genutzt werden. Die Wärme- und Stromproduktion aus Biogas und Holz ist der Verstromung von Biomasse jedoch vorzuziehen. Entscheidend ist auch die Nachhaltigkeit des Ausgangsmaterials. Auf den intensiven Anbau von Energiepflanzen ist aus Gründen der Ökologie aber auch der Priorisierung der Nahrungsmittelproduktion zu verzichten.



scheiterten noch 2015 an Auflagen durch Skyguide, weitere durch Einsprachen der Armee; rund 15 Projekte lehnten Gemeinden in der Nutzungsplanung ab.

Planlos und verfassungswidrig

Gerade bei Energieprojekten zeigt sich immer wieder, wie wichtig eine gute Planung ist. Welcher Standort eignet sich unter Berücksichtigung aller Interessen am besten? Welche Naturwerte sind vorhanden, welche gefährdete Arten? Bei schlechten Projekten werden solche Untersuchungen nur oberflächlich oder gar nicht gemacht.

Die aktuellen politischen Bestrebungen, mit Dringlichkeitsgesetzen dem Umweltrecht den Garaus zu machen, verstärken dieses Problem. Energieanlagen würden danach per se als «standortgebunden» gelten, die Planungspflicht wird aufgehoben. Das heisst, dass Projekte künftig wortwörtlich planlos irgendwo errichtet werden können. Ebenfalls höchst bedenklich sind die Bestrebungen, das Interesse am Bau einer Energieanlage grundsätzlich über alle anderen Interessen zu stellen. Eine solche gesetzliche Regelung verletzt die Bundesverfassung. Zu diesem Schluss gelangen nicht nur die Umweltverbände, sondern auch namhafte Juristen. Denn gemäss Bundesverfassung ist das Ziel einer umweltverträglichen Energieversorgung gleichrangig mit dem Ziel einer ausreichenden Energieversorgung. Eine gesetzliche Regelung, die das Interesse am Bau von Energieanlagen als vorrangig und die Umweltverträglichkeit als nachrangig deklariert, widerspricht dieser Vorgabe.

Umweltverbände bieten Hand

Während also versucht wird, die Verzögerung beim längst fälligen Ausbau der Erneuerbaren den Umweltverbänden in die Schuhe zu schieben, haben diese bei diversen Gelegenheiten konstruktive Vorschläge zur Beschleunigung eingebracht. So etwa am Runden Tisch Wasserkraft. Dort wurden 15 Projekte ermittelt, die ein möglichst geringes Konfliktpotenzial mit Natur- und Landschaftsschutz haben und deshalb zügig näher geprüft werden sollten. Im Gegenzug wurde den beteiligten Umweltverbänden ein Versprechen zur Einhaltung der geltenden Gesetze und ein rascheres Vorgehen bei der Sanierung der Wasserkraft abgegeben.

Das Verbandsbeschwerderecht

31 Verbände besitzen in der Schweiz das Verbandsbeschwerderecht (VBR). Das Volk hat das VBR in einer eidgenössischen Abstimmung deutlich bestätigt.

Das Beschwerderecht gibt Verbänden die Möglichkeit, mittels einer Einsprache bei Planungen und Baugesuchen auf Konflikte mit Natur-, Heimat- oder Umweltschutzvorschriften aufmerksam zu machen. Sie können vor einer Bewilligung ihr Fachwissen einbringen und zu gesetzeskonformen Lösungen beitragen. Das VBR trägt damit zur Verbesserung von unzähligen Planungen und Projekten bei.

Wird trotzdem ein Vorhaben bewilligt, obwohl es die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt, können die Verbände mittels Beschwerde eine gerichtliche Überprüfung verlangen. Pro Natura reicht pro Jahr etwa 21 Beschwerden ein. Im Schnitt werden über 70 Prozent davon teilweise oder vollständig gutgeheissen. Dies ist eine sehr hohe Erfolgsquote, auch im Vergleich zu Privaten, die deutlich mehr Beschwerden erheben.

Nachdem aber Mitunterzeichner jener Erklärung öffentlich äusserten, das Interesse des Ausbaus müsse in jedem Fall überwiegen, und für die Ausschaltung der geltenden Gesetze gestimmt haben, ist die Erklärung nicht mehr viel wert. Auch in ihrer Stellungnahme zu einer Vorlage von Bundesrätin Sommaruga für die Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens haben die Umweltverbände konstruktive Vorschläge gemacht, von der Einführung einer strategischen Umweltprüfung auf Richtplanstufe bis zur Schaffung einer nationalen Kompetenzstelle für die Umweltverträglichkeitsprüfung.

FRANZISKA SCHEUBER betreut als Juristin bei Pro Natura diverse Rechtsfälle.

STELLA JEGHER leitet bei Pro Natura die Abteilung Politik & Internationales.

www.energiewende2035.umweltallianz.ch

Biodiversitätsverträglichkeit: hoch

Stromproduktion 2020: 0,6 TWh

Stromproduktion 2035: ca. 8 TWh

(inklusive Stromproduktion aus biogenen Abfällen in der KVA)

«Wir leben ganz einfach auf zu grossem Fuss»

Effizienz und Suffizienz sind Schlüsselfaktoren bei der Energiewende. Damit diese Faktoren greifen, schlägt Umweltökonom Philippe Thalmann die Einführung von CO₂-Kontingenten vor, sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf individueller Ebene.

Pro Natura Magazin: In weiten Kreisen, namentlich bei der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), betrachtet man Energieeffizienz und sparsamen Energieverbrauch als entscheidende Faktoren zur Erreichung der CO₂-Neutralität. Misst die Politik diesen beiden Faktoren genügend Bedeutung bei?

Philippe Thalmann: Energiesparen geht einher mit dem Konzept der Wachstumsrücknahme, im Französischen als «dé-croissance» bekannt, also einer Senkung des Bruttoinlandsprodukts. Auf der politischen Bühne ist das aber praktisch tabu. Und auch der breiten Bevölkerung lässt sich nur schwer schmackhaft machen, dass wir auf Konsum verzichten und unseren Lebensstandard reduzieren sollten. Auch wenn man überall hört, dass die Zeit drängt und es nur mit radikaler Veränderung geht – wir leben ganz einfach auf zu

grossem Fuss. Entsprechend schwierig wird es, konkret etwas zu bewirken. Bei so viel innerem Widerstand, den Gürtel tatsächlich enger schnallen zu wollen, ist es oft einfacher und zielführender, die Folgen unseres Handelns zu thematisieren. Wenn es uns tatsächlich gelingt, weniger Emissionen zu produzieren, ist auch der Druck geringer, sie zu senken. Hier lässt sich einfacher eine Verhaltensänderung herbeiführen: Mehr öffentlicher Verkehr, weniger Auto – das bringt schon mal viel.

Verschiebt man damit nicht einfach das Problem? Bringt es denn etwas, das Auto durch den öffentlichen Verkehr zu ersetzen?

Man muss eine solche Verlagerung immer im Gesamtbild betrachten. Es geht nicht nur darum, was im Einzelnen für das Umsteigen vom Auto auf den Zug spricht, sondern wie wir die Mobilität insgesamt

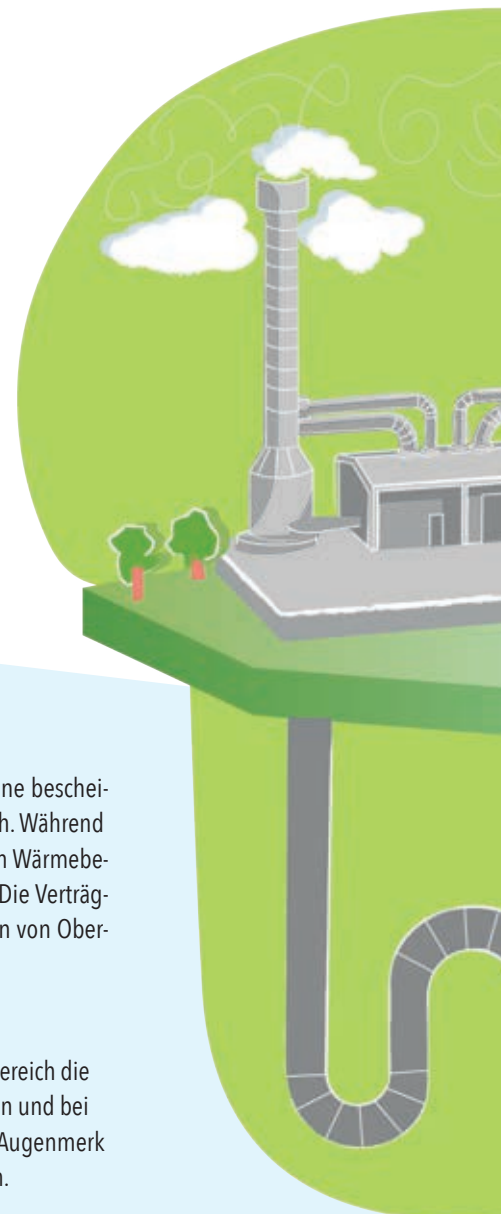
gestalten. Letztlich zählt nur das Ergebnis der Gesamtmobilität. Schön und gut, wenn man gelegentlich das Auto in der Garage stehen lässt. Wenn man dann aber in den Schulferien jedes Mal mit dem Flieger verreist...

Geothermie

Das Potenzial der Geothermie zur Stromproduktion ist schwer einzuschätzen. Eine bescheidene Stromproduktion von rund einer Terawattstunde scheint mittelfristig möglich. Während die sehr tiefe Geothermie aufwendig zu erschliessen ist, leistet die Geothermie im Wärmebereich aber einen steigenden Beitrag von mittlerweile rund 4 TWh/Jahr (2021). Die Verträglichkeit ist abhängig von Eingriffen ins Grundwasser und allfälligen Belastungen von Oberflächengewässern.

Haltung Pro Natura:

Die Nutzung von Erdwärme ist sinnvoll und ermöglicht insbesondere im Wärmebereich die Ablösung von fossilen Energien. Der Grundwasserschutz muss eingehalten werden und bei der grossindustriellen Nutzung der sehr tiefen Geothermie muss ein besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen und Umweltbelastungen durch das Fracking gelegt werden.



... oder wenn alle auf elektrische Autos umsteigen. Wäre das denn überhaupt eine Lösung?

Elektroautos stossen zwar tatsächlich kein CO₂ aus. Sie aber als Wundermittel zu preisen, ist ein Trugschluss. Das Argument,

Elektrofahrzeuge seien sauber, weil man die Batterie mit Solarstrom vom Dach laden könne, greift zu kurz. Man blendet dabei einfach aus, welche Rohstoffe für die Herstellung erforderlich sind, z.B. seltene Erden. Woher kommen die denn? Wie wurden sie gewonnen? Für ihren Abbau braucht es Strassen und weitere Infrastruktur, die wiederum die Umwelt massiv belasten. Alle Verbrennungsmotoren durch elektrische Antriebe ersetzen zu wollen, ist der falsche Ansatz. Beim Fliegen ist es nicht anders: Man kann nicht einfach auf die Entwicklung «grüner» Technologien setzen und davon ausgehen, die Klimaneutralität erledige sich dann von allein. Es muss ganz einfach weniger geflogen werden. Unseren Berechnungen zufolge müssten wir eigentlich wieder auf den Stand von 1980 zurück.

Es geht also wirklich nur, wenn wir Konsumverzicht leisten. Sie schlagen Kontingente als ein geeignetes Instrument vor. Könnten Sie diesen Ansatz erläutern?

Nur weniger Verbrauch zu fordern, reicht nicht aus – man muss auch aufzeigen,



Philippe Thalmann ist seit 1994 Wirtschaftsprofessor an der ETH Lausanne. Er lehrt in den Fachbereichen Städte- und Umweltökonomie sowie nachhaltige Entwicklung. Er war Kuratoriumspräsident des Forums für Klima und globalen Wandel (ProClim) der SCNAT und Mitglied des Beratenden Organs für Fragen zur Klimaänderung (OcCC) des Uvek.

wie man diesen Vorsatz umsetzen kann. Kontingente sind eine sehr konkrete Möglichkeit, ein gestecktes Ziel zu erreichen. Vom Moment an, in dem sich die Politik der CO₂-Neutralität bis 2050 verpflichtet hat, ist der Weg vorgezeichnet: Unser Emissionskontingent muss jedes Jahr sinken, damit wir es schaffen.

Kann man dieses Instrument überall anwenden?

Genau darin liegt seine Stärke. Kommen wir nochmal auf die Fliegerei zurück: Das Modell, das wir an der ETH Lausanne entwickelt haben, setzt auf das Prinzip der Kontingente. Jedes Jahr kaufen die Fluggesellschaften «Verschmutzungsrechte» in



Biodiversitätsverträglichkeit: hoch
Stromproduktion 2020: 0,6 TWh
Stromproduktion 2035: 1 TWh

Form einer bestimmten Anzahl Passagierkilometer, die dann jedes Jahr bis 2050 um 7,3 Prozent sinken. Diesen Ansatz kann man auch beim Import fossiler Energieträger anwenden, von denen wir loskommen wollen – was seit Ausbruch des Ukrainekriegs noch dringlicher geworden ist.

Wäre auch ein persönliches CO₂-Budget für alle denkbar?

Ja, diese Möglichkeit wurde vom Beratern Organ für Fragen zur Klimaänderung (OcCC), das bis letztes Jahr das UVEK beraten hat, geprüft. Auf der Grundlage eines CO₂-Budgets für das gesamte Land kann man den Anteil jeder Einzelperson berechnen. Wenn man etwas kauft, gibt man dann einen Teil dieses Budgets aus,

genau gleich wie bei Geld. Aber so verlockend die Idee auch klingen mag, sie ist schwierig umzusetzen. Wie definiert man für jedes Produkt den spezifischen CO₂-Abdruck? Belastet eine Bio-Banane aus Übersee das Klima mehr oder weniger als eine Treibhaustomate aus Europa? Und was machen wir mit individuellen Bedürfnissen? Wie kann man prüfen, ob das Auto für eine bestimmte Tätigkeit notwendig war oder nicht?

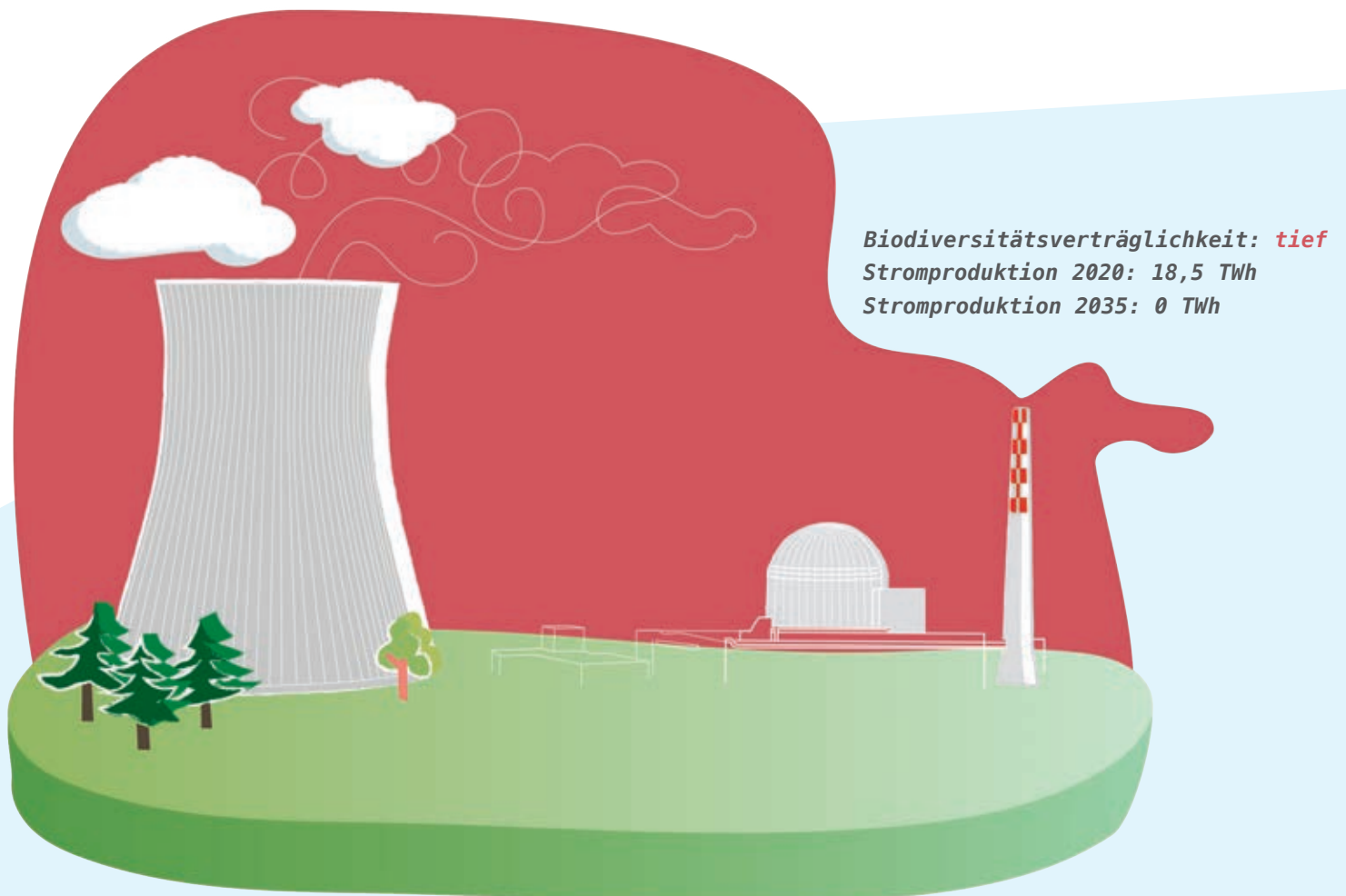
Könnte man nicht wenigstens mit den leicht messbaren Bereichen anfangen?

Doch, bei Benzin, Diesel, Heizöl oder Strom auf jeden Fall. Und beim Fliegen, da könnte man sehr einfach eine Obergrenze definieren. Denn das Kästchen, mit dem man beim Kauf eines Flugtickets sei-

nen «CO₂-Ausstoss kompensieren» kann, ist schlicht ein Witz. Und damit sind wir wieder beim Kontingent für die jedes Jahr zurückgelegten Flugkilometer. Trotzdem braucht es eine gewisse Flexibilität. Der nicht genutzte Teil eines Kontingents muss auf jemand anderen oder auf das Folgejahr übertragbar sein. Dann wäre die Akzeptanz auf politischer Ebene, aber auch in der breiten Bevölkerung, sicher grösser.

Trotz der Reduktionsziele stossen wir bis 2050 und bis zur Klimaneutralität weiter CO₂ aus. Welche Lösungen bieten sich für die Übergangsphase an?

Das ist tatsächlich eine Variable der Gleichung, die wir noch auflösen müssen. Wir schlagen die Schaffung eines Fonds zur



Vorfinanzierung von Negativemissionen vor. Gemäss Verursacherprinzip sollen alle Schweizer Treibhausgasemittenten obligatorische Zahlungen leisten, die dann dafür eingesetzt werden, mittels biologischer und geologischer Projekte so viel wie möglich überschüssiges CO₂ aus der Atmosphäre zu holen. Damit würde die Schweiz das Nettonull-Ziel ungefähr 2040 erreichen, also zehn Jahre vor der offiziellen Frist, und den Ausstoss von Treibhausgasen ab 2030 schrittweise vollständig eliminieren. Der Ball ist nun bei der Politik, die über das weitere Vorgehen entscheidet.

FLORENCE KUPFERSCHMID-ENDERLIN ist die redaktionelle Leiterin der französischsprachigen Ausgabe des Pro Natura Magazins.

Atomkraft

Zurzeit produzieren in der Schweiz vier Atomkraftwerke knapp 30 Prozent unseres Stroms. Die Stimmbewölkerung hat 2017 dem Atomausstieg mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Die Schweizer AKW gehören zu den ältesten der Welt und haben eine unbefristete Betriebsbewilligung, so lange die Sicherheitsauflagen erfüllt werden können. Auch über 50 Jahre nach der Inbetriebnahme des ersten Schweizer AKW ist die Endlagerung der radioaktiven Abfälle nicht geregelt, und für den Bezug von Uran sind wir von Unrechtsstaaten abhängig.

Atomlobbyisten versuchen derzeit, den Nuklearstrom wieder als klimafreundliche Alternative zu fossilen Energien ins Spiel zu bringen. In Tat und Wahrheit ist dieser aber weder klimafreundlich (für den Abbau von Uran, Aufbereitung der Brennstäbe, Bau und Rückbau der AKW werden absurde Mengen Energie benötigt und CO₂ ausgestossen) noch biodiversitätsfreundlich. Die Produktion von Atomstrom ist und bleibt ein Hochrisikogeschäft, bei Schadensfällen drohen auch verheerende Konsequenzen für die Biodiversität, wie man dies etwa in Fukushima, Tschernobyl und Majak gesehen hat.

Haltung Pro Natura:

Am Atomausstieg ist alternativlos festzuhalten. Fotovoltaik und Wasserkraft bilden die beiden grossen Pfeiler unserer künftigen Stromversorgung.



zur sache

Nur so sind wir als Gesellschaft zukunftsfähig!

Gross waren sie, die Hoffnungen an die Politik nach den sogenannten Klimawahlen 2019. Die Hoffnungen, dass Klimawandel und Biodiversitätskrise endlich auch von der Politik als das erkannt werden, was sie sind: zwei der ganz zentralen Herausforderungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Dass endlich die Erkenntnis sich durchsetzt, dass wir diese beiden Krisen nur gemeinsam lösen können.

Und jetzt das: Handstreichartig stehen in Bundesbern Errungenschaften des Natur-, Landschafts- und des Umweltschutzes zur Disposition, die jahrzehntelang Bestand gehabt haben – als «Seiteneffekt» einer möglichst raschen Energiewende.

Gut ist, dass endlich auch in der Politik die Erkenntnis sich durchsetzt, dass wir das Tempo zum Ausstieg aus den fossilen Energieträgern massiv erhöhen müssen, dass Atomkraft keine ernst zu nehmende Alternative ist und dass wir die Energiewende rasch vorantreiben müssen.

Verheerend ist hingegen: Die Erkenntnis, dass wir uns weltweit und in der Schweiz mit der Biodiversitätskrise einer weiteren existenziellen Herausforderung gegenübersehen, die wir mit der gleichen Ernsthaftigkeit angehen müssen wie die Klimakrise, hat sich immer noch nicht durchgesetzt. Wie sonst lässt sich erklären, dass gleichzeitig mit der beschleunigten Energiewende die Biodiversitätskrise noch verschärft werden soll? Wenn der Schutz der Biotop von nationaler Bedeutung – unsere Naturperlen, in denen ein Drittel der bedrohten Arten der Schweiz leben – aufgeweicht werden soll oder das kümmerliche Restwasser, das den Fischen unterhalb von Flusskraftwerken knapp zum Überleben reicht, weiter reduziert werden soll, ist das für die betroffenen Lebensräume und deren Biodiversität dramatisch. Ein beispielloser und inakzeptabler Angriff auf die wertvollsten Naturschutzgebiete der Schweiz sowie auf bewährte Errungenschaften des Natur- und Landschaftsschutzes.

Wissenschaftlich ist es schon längst erwiesen: Biodiversitätskrise und Klimakrise sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Nicht nur sind viele Arten direkt vom Klimawandel betroffen und in ihrer Existenz bedroht. Intakte Ökosysteme wie Wälder und Moore tragen massgeblich dazu bei, den Klimawandel zu mildern, und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Energiewende kann und muss uns mit Rücksicht auf die Biodiversität gelingen, und mit der Förderung der Biodiversität leisten wir einen massgebenden Beitrag zum Klimaschutz. Nur so sind wir als Gesellschaft zukunftsfähig. Diese Erkenntnis kommt hoffentlich endlich auch unter der Kuppel des Bundeshauses an. Es ist höchste Zeit!

URS LEUGGER-EGGIMANN, Pro Natura Geschäftsleiter.